

INTERVIEW MIT STEFAN BERGHEIM

„Wir werden Krisen nie verhindern können“

Der Direktor des Frankfurter Zentrums für gesellschaftlichen Fortschritt kritisiert die Zunft der Mainstream-Ökonomen und fordert ein Denken in „Szenarien“

Börsen-Zeitung, 21.3.2009
Mit deutlichen Worten kritisiert Stefan Bergheim, Direktor des Zentrums für gesellschaftlichen Fortschritt, die Modellgläubigkeit der Mainstream-Ökonomen. Eine Krise wie die derzeitige sei in den klassischen Modellen einfach nicht vorgesehen, sagte Bergheim im Interview der Börsen-Zeitung.

– Herr Dr. Bergheim, die Finanzkrise ist über den Globus hereingebrochen – und hat die Wirtschaftswissenschaftler überrascht. Brauchen wir eine „neue Ökonomie“ und „neue Ökonomen“?

Das Credo seriöser Zukunftsforscher lautet, dass die Zukunft nicht prognostizierbar ist. Das ist zwar sehr ernüchternd, aber eine realistische Ausgangsposition. Deshalb darf man von niemandem und von keiner Wissenschaft zu viel erwarten. Das notwendige Maß an Bescheidenheit war aber in der Tat bei vielen Ökonomen nicht vorhanden.

– Aber weist das Unvermögen der Ökonomen, in der gebotenen Verve auf die Krisensymptome hinzuweisen, nicht auch auf strukturelle Probleme in dieser Wissenschaft hin?

Absolut. Es zeigt sich, dass die Ökonomen grundsätzlich Schwierigkeiten mit ihrem Menschenbild – dem Homo oeconomicus – haben. Dieser hat mit der Realität recht wenig zu tun. Eine solche Krise, wie wir sie derzeit erleben, ist in den klassischen Modellen einfach nicht vorgesehen. Vielmehr suggeriert man mit hochkomplexen mathematischen Modellen eine Genauigkeit der Zukunftsvoraussage, die einfach nicht existiert.

– Was folgt daraus?

Wir müssen unsere Herangehensweise ändern und auf Disziplinen schauen, die näher am Menschen sind, wie die Psychologie oder Soziologie. Die Ökonomie ist keine Naturwissenschaft, wie es viele in dem Fach gerne hätten, sondern eine Sozialwissenschaft.

– Wäre die Krise mit einem ande-

ren Menschenbild in der Ökonomie etwa zu verhindern gewesen?

Nein, sicher nicht. Wir werden Krisen nie verhindern können. Das ist ein Wesensmerkmal des Kapitalismus: Man probiert neue Entwicklungen aus, stellt fest, dass manche nicht sinnvoll sind, und dann kommen die Anpassungskrisen, in denen schwache Geschäftsmodelle aussortiert werden. Mit einer stärker strukturierten Vorgehensweise und besserer Zukunftsanalyse können wir allerdings versuchen, dass diese Zyklen weniger dramatisch ausfallen.

– Aber wenn man die Psychologen und Soziologen ernst nimmt in der Ökonomie: Werden dann die Empfehlungen nicht auch komplizierter und damit für die Politik weniger handhabbar?

Wir können und dürfen vor dem Hintergrund der Krise einfach nicht mehr mit den simplen Antworten fortfahren. Die Aufgabe der Ökonomie muss es jetzt sein, einen Rahmen zu entwerfen, der anpassungsfähiger ist als der bisherige. Eine der großen Enttäuschungen ist ja, dass die deutsche Politik nicht in der Lage war, auf die Krise zügig genug zu reagieren. Unsere Institutionen und Organisationen sind einfach nicht fähig, schnell zu handeln. Und deshalb laufen wir auch jetzt noch immer der Entwicklung hinterher.

– Haben die angelsächsischen Ökonomien so viel besser reagiert?

Sie haben auf jeden Fall schneller reagiert...

– ...vielleicht auch überreagiert?

...vielleicht auch das.

– Sie fordern ein realistischeres und damit auch komplexeres Menschenbild: Konzentrieren wir uns hierzulande zu sehr auf Wachstum und dabei zu sehr auf Export?

Es gibt keinen Widerspruch zwischen Einkommensreichtum und Lebenszufriedenheit. Wir verlieren einige Aspekte aus dem Auge, wenn wir nur auf das Einkommen blicken. In Dänemark wurde unlängst eine Konferenz veranstaltet über einen

„happy capitalism“. Dahin müssen wir auch kommen. Ohnehin sollten wir uns eher an den skandinavischen Ländern orientieren, wo die Menschen Befragungen zufolge am glücklichsten sind. Und was den Export angeht, so ist der für die Menschen in der Tat auch nicht so wichtig – bedeutender ist der Konsum.

– Sind dann auch die Kapitalmärkte falsch konstruiert, die vor allem auf den Shareholder Value setzen? Wäre das Konzept des Stakeholder Value nicht besser, der Eigentümer, Mitarbeiter und Kunden gleichermaßen einschließt?

Absolut. Das Konzept müsste man durchgehend verfolgen. Denn wer es beherzigt, hat in der Regel auch mehr Erfolg auf dem Markt. Dadurch kommt insgesamt mehr Nachhaltigkeit ins Wirtschaften.

– Aber könnten das Unternehmen an der Börse überhaupt umsetzen?

Viele versuchen das schon. Aber mit der erzwungenen Quartalsberichterstattung und den vorherrschenden institutionellen Anlegern usw. ist das schwierig.

– Wo soll die Nachhaltigkeit herkommen in freien Märkten, wenn die Anreizstruktur so völlig gegenteilig ist? Muss hier der Staat eingreifen?

Das hat schon Adam Smith gesagt: Wenn ich den Markt völlig alleine lasse, kommt er nicht zu einem optimalen Ergebnis für die Gesellschaft. Also muss die Politik den Rahmen setzen bzw. laufend anpassen.

– Was muss im Finanzsektor diesbezüglich geschehen?

Wenn es – wie geschehen – Produktinnovationen im Finanzsektor gibt, muss der Regulierungsrahmen dem gewachsen sein. Es gab ja Menschen, die vor diesen Produkten gewarnt haben. Also muss die Politik immer einen Plan B in der Schublade haben, den sie hervorziehen kann, wenn es darauf ankommt. Wir müssen in Szenarien und alternativen Zukünften denken. Die Institutionen müssen entsprechend anpassungsfähig sein.

– Aber geht es nicht vielmehr darum, dass bestimmte Grundregeln eingehalten werden müssen – ganz unbenommen von einzelnen Produktinnovationen? Dass etwa die Verantwortlichkeiten transparent sein müssen?

Transparenz ist wichtig, aber auch ein Problem. Vielfach übersteigen die zahlreichen Informationen einfach die Verarbeitungskapazität der Privatanleger. Deshalb benötigen wir staatliche Institutionen wie die Aufsichtsbehörden, die vor Zuspitzungen warnen. Und sie sollen noch weiter gehen: Nicht nur warnen, sondern auch Alternativpläne ausarbeiten, wie darauf zu reagieren ist. Es geht nicht darum, dass in den Berichten zur Finanzstabilität möglichst viele Risiken aufgelistet werden, um später einmal behaupten zu können, man habe ja bereits davor gewarnt. Sondern es bedarf auch der entsprechenden Vorbereitung.

– Wäre es denn überhaupt möglich, für alle Szenarien Alternativpläne auszuarbeiten?

Wir müssen schlichtweg in der

Lage sein, mehrere Szenarien zu debattieren. Und wir müssen uns klar werden, wie man bestimmte unerwünschte Szenarien verhindert. Das geht nicht, wenn man nur auf ein Pferd setzt. Deshalb benötigen wir auch Ökonomen aus dem Ausland, etwa aus den USA, wo man schon viel weiter ist. Wir brauchen einfach mehr Querdenker, von denen wir viel zu wenige haben.

– Warum ist das so?

Weil wir im akademischen Bereich Anreize in nur eine Richtung setzen. Es geht ausschließlich um die Zahl der Veröffentlichungen in renommierten internationalen Zeitschriften. Das Einbringen in die deutsche öffentliche oder politische Debatte zählt nicht dazu, ist eher ein Klotz am Bein für die Karriere. In den USA gibt es viele Denkfabriken, die Brücken bauen zwischen den Universitäten und der Öffentlichkeit.

– Verstehen Sie sich mit der Gründung Ihres Instituts als eine Art Frühwarnstation, die die Öffentlichkeit auf wichtige Entwicklungen aufmerksam macht?

Das ist generell die Aufgabe von Zukunftsforschung. Eine langfristige Perspektive, der Blick ins Ausland und in andere Disziplinen kann das erleichtern.

– Was sind Ihre ersten Projekte?

Wir wollen untersuchen, wie andere Regierungen sich beraten lassen, wie künftige Trends verarbeitet werden. Es wird um Lebenszufriedenheit gehen, um Bildung. Und es geht darum, mit Vorurteilen in der öffentlichen Meinung aufzuräumen. Viele denken etwa, die Menschen sind umso glücklicher, je früher sie in Rente gehen. Aber das Gegenteil ist der Fall: Die Glücksforschung zeigt, dass Menschen, die länger arbeiten, wenn auch vielleicht nicht mehr so intensiv wie bisher, auch glücklicher sind. Jedenfalls sind Menschen, die jenseits der Rentengrenze weiterarbeiten, in der Regel zufriedener und glücklicher als jene, die aufs Altenteil gesetzt werden.

.....
Das Interview führten Jürgen Schaaf und Stephan Lorz.